SITZUNG

Gremium:	Stadtrat
Sitzungstag:	Dienstag, den 28.06.2022
Sitzungsort:	im Mehrzweckraum, Adam-Riese-Halle, St-Georg-Str. 12, 96231 Bad Staffelstein
Beginn:	19:00 Uhr
Ende:	21:42 Uhr

Von den 25 ordnungsgemäß geladenen Mitgliedern des Stadtrates waren 22 anwesend, 3 entschuldigt, - nicht entschuldigt, so dass die beschlussfähige Zahl, nämlich mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl, anwesend war.

Tagesordnung:

1. Stadtentwicklung; Erstellung einer Flächenbilanz mit Potenzialanalyse für das Stadtgebiet von Bad Staffelstein; Vorstellung durch das Planungsbüro Planwerk
2. Bauleitplanung; Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Naturfriedhof Banz" sowie die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes; Billigung des Planentwurfs und Beschluss der frühz. Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und TÖB
3. Bauleitplanung; Aufstellung des Bebauungsplanes "Sport- und Freizeitgelände Bad Staffelstein"; Billigung des überarbeiteten Planentwurfes und Beschluss der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und sonst. Träger öffentlicher Belange (§§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2 BauGB)
4. Bestellung einer neuen Ortsbeauftragten für den Stadtteil Romansthal
5. Sonstiges öffentlich

Begrüßung

Erster Bürgermeister Schönwald eröffnete die Sitzung und stellte nach Begrüßung der Anwesenden die frist- und formgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

TOP 1	Stadtentwicklung; Erstellung einer Flächenbilanz mit Potenzialanalyse für das Stadtgebiet von Bad Staffelstein; Vorstellung durch das Planungsbüro Planwerk
--------------	--

Sachverhalt / Rechtslage:

Der Stadtrat hat im September 2018 einen Grundsatzbeschluss gefasst, bei baulichen Entwicklungen vorrangig Innenbereichspotentiale zu nutzen. Der Beschluss wurde seitens der Regierung von Oberfranken empfohlen, da der Stadt dadurch höhere Fördersätze für Mittel aus der Städtebauförderung in Aussicht gestellt wurden. Um die Innenbereichspotentiale aufzuzeigen und einen Bauflächenbedarf zu prognostizieren wurde im Nachgang ebenfalls von der Regierung von Oberfranken die Erstellung einer Flächenbilanz mit Potentialanalyse gefordert. Seitens der Stadt wurde das Büro Planwerk aus Nürnberg mit der Erstellung beauftragt.

Herr Dr. Preising und Frau Ganek vom Büro Planwerk stellten dem Gremium die Flächenbilanz mit Potentialanalyse vor und erläuterte mögliche Handlungsfelder zur Aktivierung von Innenbereichspotenzialen.

Anlass der Flächenbilanz

- Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK)
- Kommunalen Selbstbindungsbeschluss 2019
- Entwicklung Bären-Areal

Ziele der Flächenbilanz

- Aufnahme der Stadt in die Förderinitiative „Innen statt Außen“
- konkrete Definition der gemeinsamen Ziele und Maßnahmen

Zur Mobilisierung der ermittelten Innenentwicklungspotentiale ist es von großer Bedeutung

- die vorhandenen Potentiale und Bedarfe zu identifizieren
- sich auf allgemeine Ziele und ein strategisches Vorgehen zur Innenentwicklung zu einigen
- die Ansprechpersonen und ihre Bereitschaft zu Veränderungen zu kennen
- über das Thema Innentwicklung zu informieren und die Bevölkerung hierfür zu sensibilisieren
- die richtige Mischung aus Beratungsangeboten, finanzielle Unterstützung und der Nutzung bestehender Planungsinstrumente zu finden
- auf bereits bestehende, gute Beispiele hinzuweisen

Vorgehen zur Erstellung der Flächenbilanz

- Sichtung und Analyse bestehender Konzepte und Daten
- Systematische Erfassung und flurgenaue Darstellung der Innentwicklungspotentiale
- Planungsrechtliche Beurteilung der Potentialflächen
- Gegenüberstellung des erwartbaren Wohnungs- und Baulandbedarfs mit den vorhandenen Potentialen
- Formulierung von Empfehlungen und Maßnahmenvorschlägen

Zum Schluss wurden die Ergebnisse in einem Workshop des Stadtrates am 21.04.2022 ausführlich präsentiert und diskutiert.

Gute Gründe für die Innenentwicklung seien zum einen vorhandene gesetzliche Vorschriften, aber auch kommunalpolitische Argumente dürften nicht außer Acht gelassen werden, erklärte Hr. Dr. Preising und nannte als Beispiel die Belebung der Innenstadt. Ohne lebendige und at-

traktive Innenstadt wäre die Stadt bald „tot“ (=Donut-Effekt). Ziel sollte daher der „Krapfen-Effekt“ sein. Hier ist das Beste in der Mitte, also in der Innenstadt. Auch könnten durch die Innenentwicklung Nachteile der Zersiedelung, z. B. erhöhtes Wege- und Verkehrsaufkommen, Verlust wertvoller Böden, Zunahme städtebaulicher Missstände, etc. gemindert werden.

Die Bevölkerungsprognose bis 2037 zeigt zunächst einen starken Zuwachs, der aber nach einigen Jahren stagniert bzw. sinkt. Basierend auf dieser Prognose wurde der Wohnungsbedarf ermittelt. Hierbei wurde u. a. der Neubedarf durch Bevölkerungszuwachs, die Gesellschaftliche Entwicklung und der Wohnungsabgang (Wegfall von Wohnraum nach bestimmter Zeit) berücksichtigt. Zudem wurden 2 Varianten bei der Entwicklung der Wohneinheiten (WE) betrachtet:

Variante 1: Schaffung von Wohnraum pro Jahr liegt im Durchschnitt der letzten 20 Jahre (30 WE/Jahr)

Variante 2: überdurchschnittliche Entwicklung (ca. 40 WE/Jahr)

Hieraus ergibt sich dann ein Wohnungsbedarf bis 2037 von 526 (V1) bzw. 700 (V2) Wohneinheiten. Dies entspricht einem Baulandbedarf von 29 ha (V1) bzw. 39 ha (V2).

Das festgestellte Innenentwicklungspotential der Kommune entspräche etwa einer Größe von 94 Fußballfeldern. Das größte Flächenpotential sei im Hauptort mit 19,2 ha festzustellen.

	Anzahl	Größe in ha
Baulücke	249	26,2
geringfügig bebauts Grundstück	32	7,0
Gewerbebrache	1	0,1
Hofstelle leerstehend	12	3,0
Hofstelle mit Restnutzung	6	1,0
Wohngebäude leerstehend	125	10,8
Wohngebäude mit Leerstandsrisiko	225	19,2
Gesamt	650	67,2

Handlungsempfehlungen und Maßnahmen:

Flächenmanagement und Monitoring

- Aufbau und Pflege einer Flächenmanagement-Datenbank (FMD)
- Aktualisierungs- und Fortschreibungsrhythmus mind. 1 x jährlich
- hoher personeller Einsatz, FM als Daueraufgabe anzusehen, die in Personalplanung einberechnet werden muss

Hoheitliche Instrumente

- Bauleitplanung, Fortschreibung des Flächennutzungsplanes
- Aktive Boden- und Liegenschaftspolitik (Einheimischenmodelle, Vorkaufsrecht etc.)

Kooperative Instrumente

- Bewusstsein schaffen, Information zum Thema
- regelmäßige Eigentümer-Ansprache, Flächenaktivierung
- Beratungsangebote z. B. städtebauliche Sanierung
- Alternativangebote schaffen / ermöglichen

Bad Staffelstein wendet schon viele Möglichkeiten der Innenentwicklung an – diesen Weg gilt es fortzusetzen, stellte Herr Dr. Preising fest. Eine Herausforderung ist die Verfügbarkeit von Grundstücken und die zum Teil überzogenen Preisvorstellungen der Verkäufer. Viele Grundstückseigentümer seien nicht bereit ihre un bebauten Baugrundstücke zu verkaufen, da sie diese z. B. für Kinder, Enkel oder sich selbst „reservieren“. Innenentwicklung dürfe nicht zur Lasten der allgemeinen Entwicklung der Stadt Bad Staffelstein geschehen. Beim Workshop am 21.04.2022 wurde die Sorge geäußert, dass durch den Beschluss des Konzeptes künftige Handlungsfreiheiten eingeschränkt werden könnten, dies sei jedoch nicht der Fall, erklärte Herr. Dr. Preising. Die Aktualität der Daten zu Entwicklungspotentialen sei zu gewährleisten. Der Stand der Erhebungen im Konzept spiegele nicht die neueren Entwicklungen wieder, wurde vom Stadtrat beim

Workshop festgestellt. Daher müssten die Daten z. B. bei der Überführung in die FM-Datenbank noch aktualisiert werden. Das Konzept sei wie ein „Instrumentenkasten“ für die Stadt zu sehen, sagte Herr Dr. Preising.

Erster Bürgermeister Schönwald gab bekannt, dass die Bauverwaltung zurzeit wieder alle Eigentümer von Baulücken anschreibt.

StR Richter wollte wissen, ob bei der Bevölkerungsprognose nur die allgemeinen bayernweiten Prognosen berücksichtigt wurden, da Bad Staffelstein aufgrund der Obermain-Therme keine durchschnittliche Gemeinde darstellt. Es wurden sehr viele individuelle Faktoren berücksichtigt, bestätigte Herr Dr. Preising, z. B. auch die geplante Entwicklung der Baugebiete in Bad Staffelstein. Leider war Homeoffice zur Zeit der Aufstellung der Flächenbilanz noch kein so großes Thema, weshalb dies tatsächlich noch nicht in die Berechnungen mit einfluss.

StRin Nossek äußerte Bedenken, dass nicht jede Fläche versiegelt werden sollte. Natürlich gehören auch Grünanlagen zu einer lebenswerten Innenstadt, erwiderte Herr Dr. Preising. Daher wurde auch geprüft, ob eine Versiegelung bzw. Bebauung tatsächlich Sinn macht. Ebenso sollte man sich bewusst sein, dass personelle Ressourcen geschafft werden müssen, um die Flächenbilanz stetig zu aktualisieren, meinte StRin Nossek. Ob das derzeitige Personal dafür nämlich noch freie Kapazitäten habe, finde sie fraglich.

Die Bedenken, dass die Stadt sich mit dem Konzept einen „Hemmschuh“ anziehen würde, wurden von Hr. Dr. Preising ausgeräumt, meinte StR Hagel. Einige genannte Instrumente zur Durchsetzung z. B. die Enteignung dürften seiner Meinung nach von der Stadt nicht eingesetzt werden. Dennoch sei die Flächenbilanz ein gutes Hilfsmittel. Auch StR W. Ernst teilte diese Meinung und warnte auch davor zu viel Druck auf die Bevölkerung auszuüben. Er fand es allerdings erschreckend, dass die Stadt so viel Geld für Konzepte ausgeben müsse, bevor tatsächlich die erste Schaufel in die Hand genommen wurde.

Beschluss:

Der Stadtrat billigt die vom Büro Planwerk erstellte Flächenbilanz mit Potentialanalyse als Erweiterung des Grundsatzbeschlusses vom 17.09.2018 zur vorrangigen Nutzung von Innenbereichspotenzialen. Die Verwaltung wird beauftragt, bei künftigen baulichen Entwicklungen die darin enthalten Handlungsfelder im Rahmen der vor allem eigentumsrechtlichen Möglichkeiten zu berücksichtigen. Weitere die Umsetzung betreffende Maßnahmen behält sich der Stadtrat weiter vor.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 22

Nein-Stimmen: 0

TOP 2	Bauleitplanung; Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Naturfriedhof Banz" sowie die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes; Billigung des Planentwurfs und Beschluss der frühz. Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und TÖB
--------------	---

Sachverhalt / Rechtslage:

Der Stadtrat hat in seiner öffentlichen Sitzung am 23.02.2021 einen Grundsatzbeschluss gefasst, im Bereich östlich des Stadtteils Altenbanz die Anlage eines Naturfriedhofs zuzulassen. Nach Klärung der betriebstechnischen und bestattungsrechtlichen Fragestellungen wurde in Abstimmung mit der Bauverwaltung durch das Planungsbüro Glanz ein auslegungsfähiger Entwurf eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans erstellt, um so die bauplanungsrechtliche

Grundlage für das Vorhaben auf den Weg zu bringen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst eine Fläche von 14,285 ha, als Gebietstyp wird eine öffentliche Grünfläche mit Nutzung als Friedhof (Naturfriedhof) festgesetzt. Die Errichtung baulicher Anlagen beschränkt sich auf das Notwendigste (Überdachungen bei den Gedenkplätzen, ein freistehender Glockenturm, Stellplätze).

Zur Wahrung des Entwicklungsgebotes (§ 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB) ist die Darstellung im Flächennutzungsplan von bisher Wald- bzw. Landwirtschaftsfläche in Öffentliche Grünfläche mit Nutzungssymbol als Friedhof zu ändern. Die Flächennutzungsplanänderung kann im Parallelverfahren (§ 8 Abs. 3 BauGB) erfolgen.

Seitens des Stadtrates wäre ein Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Naturfriedhof Banz" zu fassen sowie die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes. Im Anschluss stünde die Billigung des Planentwurfes in der Fassung vom 21.06.2022 und der Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange für beide Verfahren (B-Planaufstellung und F-Planänderung) gem. §§ 3 Abs. 1, 4 Abs. 1 BauGB an.

Frau Glanz vom gleichnamigen Planungsbüro stellte die Planung in der Sitzung vor. Der Naturfriedhof soll im Banzer Wald in direkter Nähe des Stadtteils Altenbanz entstehen. Die bestehenden Forstwege bleiben erhalten und sollen weiterhin nutzbar bleiben. Auch die noch anzulegende Streuobstwiese soll als Naturfriedhof genutzt werden. Dies wäre, laut Herrn Huth, in ganz Süddeutschland einmalig. Es dürften nur kompostierbare Urnen beigesetzt werden. Die Gräber würden mit einfachen Schildern markiert werden. Eine anonyme Beisetzung finde nicht statt. Weiterhin ist eine Aufforstung nicht notwendig.

Der Waldbestand bleibe weitestgehend erhalten. Auch Totholz wird nicht entfernt, außer die Verkehrssicherheit werde gefährdet, erklärte Frau Glanz auf Nachfrage von StR W. Ernst. Auch sonst fänden keine Säuberungsarbeiten statt.

Dritter Bürgermeister Leicht wollte wissen, ob der Friedhof barrierefrei zugänglich wäre. Dies komme darauf an, wo genau die Grabstelle liege, erwiderte Fr. Glanz. Die Hauptwege sollen in jedem Fall barrierefrei gestaltet werden und auch mit dem Rollstuhl gut befahrbar sein. Hohes Gras sei auch kein Problem. Durch den engen Baumbestand wachse das Gras ohnehin nicht so hoch.

Die Fläche sei riesig, stellte StR W. Ernst fest. Er fragte, ob der Friedhof in Teilbereiche eingeteilt werde. Das Konzept sehe vor, zunächst nur ein Fünftel der gesamten Fläche als Friedhof zu nutzen, erklärte Fr. Glanz. Je nach Nachfrage könnte so der Bedarf für die nächsten 50 - 100 Jahre gedeckt sein.

Es soll eine bauliche Anlage mit Holzverkleidung für einen Lagerraum, sanitäre Anlagen und einen kleinen Besprechungsraum entstehen mit einer Größe von max. 12 x 5 m. Auf dem Dach könnte ein Solarmodul installiert werden. Zusätzlich wird wahrscheinlich ein Unterstellplatz gebaut. Dieser wird aber nicht als Gebäude bewertet, erklärte Frau Glanz auf Nachfrage von StR Mackert.

Ob neue Arbeitsplätze entstehen, wollte StR Konietzko wissen. Auf jeden Fall werden vorhandene Arbeitsplätze ausgebaut, erwiderte Frau Glanz.

Weiterhin führte Fr. Glanz aus, dass eine Einfriedung nötig sei. Diese werde aber möglichst naturnah gestaltet. Die einzigen schwerwiegenden Eingriffe in die Natur wären somit der Bau der Parkplätze und des Gebäudes, betonte Fr. Glanz. Nistkästen und Quartiere für Fledermäuse und Vögel sollen angebracht werden.

Ob in dem Gebiet noch gejagt werden darf, fragte StR Freitag. Frau Glanz konnte dies verneinen.

StR Breidenbach wollte wissen, wer der Verkehrssicherungspflicht nachkommen muss, da sei-

ner Meinung nach das Bundeswaldgesetz weiterhin gilt. Diese liege beim Eigentümer, sagte Fr. Glanz. Aber als Forstweg sei die Verkehrssicherung nicht so streng zu sehen, wie bei einem normalen Gehweg, da in einem Wald immer mit Unebenheiten und Blätter/Ästen auf den Wegen zu rechnen ist.

Für StR Hagel ist die Errichtung eines Naturfriedhofes eine Aufwertung für den Wald. Er sieht die Anzahl der Parkplätze kritisch. Im Normalbetrieb dürfte die Anzahl der Parkplätze ausreichen. Er befürchtet aber ein Verkehrschaos während einer Beisetzung. Der vorhandene Holzlagerplatz könnte zum Notparkplatz umfunktioniert werden, bestätigte Hr. Huth.

Im Frühjahr 2023 könnte schon mit der ersten Beisetzung begonnen werden, antwortete Fr. Glanz auf Nachfrage von StR W. Ernst.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Naturfriedhof Banz“. Der Geltungsbereich umfasst die Grundstücke Fl.Nrn. 2463, 2463/2 und 2451/3 der Gemarkung Altenbanz, mit einer Gesamtfläche von 14,285 ha. Als Gebietstyp wird eine öffentliche Grünfläche mit Nutzung als Friedhof festgesetzt.

Zur Berücksichtigung des Entwicklungsgebotes (§ 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB) wird weiter die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes von bisher Wald- bzw. Landwirtschaftsfläche in Öffentliche Grünfläche mit Nutzungssymbol als Friedhof beschlossen. Die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgt im Parallelverfahren mit der Aufstellung des Bebauungsplanes (§ 8 Abs. 3 BauGB).

Der vom Planungsbüro Glanz erstellte Planentwurf in der Fassung vom 21.06.2022 wird durch den Stadtrat gebilligt im weiteren wird die Verwaltung beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange für beide Verfahren (B-Planaufstellung und F-Planänderung) gem. §§ 3 Abs. 1, 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	0

TOP 3	Bauleitplanung; Aufstellung des Bebauungsplanes "Sport- und Freizeitgelände Bad Staffelstein"; Billigung des überarbeiteten Planentwurfes und Beschluss der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und sonst. Träger öffentlicher Belange (§§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2 BauGB)
--------------	---

Sachverhalt / Rechtslage:

Nach Abwägung und entsprechenden Berücksichtigung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen wurde der Entwurf des Bebauungsplanes "Sport- und Freizeitgelände Bad Staffelstein" nochmals modifiziert. Aufgrund aktueller Entwicklungen wurde zusätzlich im nördlichen Bereich das Baufenster ausreichend reduziert, dass die seitens des Landratsamtes geforderte Baumfallgrenze zum angrenzenden Naturdenkmal Riedwald eingehalten wird. Im Osten wird der Geltungsbereich um ca. 1,8 ha erweitert, um die bauplanungsrechtliche Grundlage für die Anlage eines weiteren Wohnmobilstellplatzes durch die Obermain-Therme zu schaffen. Die Fläche ist im Flächennutzungsplan bereits als Sonderbaufläche dargestellt. Das überarbeitete Planentwurf des Bebauungsplanes "Sport- und Freizeitgelände Bad Staffelstein" in der Fassung vom 13.06.2022 wäre durch das Gremium beschlussmäßig zu billigen, danach wäre die förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu beschließen (§§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2 BauGB).

Der überarbeitete Planentwurf wurde in der Sitzung durch Herrn Köhler vom ausführenden Planungsbüro IVS aus Kronach vorgestellt.

StR Konietzko wollte wissen, ob die betroffenen Pächter der Riedgärten schon informiert wurden. Die zunächst geplante Aufkündigung aller Riedgärten wurde verworfen, erklärte Erster Bürgermeister Schönwald. Riedgärten, die innerhalb der Baumfallgrenze liegen und die von ihrem Pächter gekündigt werden, sollen jedoch nicht wieder verpachtet werden. Die bestehen Gärten hätten somit Bestandsschutz. Dennoch sollten die Pächter informiert werden, sobald die genauere Planung feststeht, findet StR Konietzko.

Die Wohnmobilstellplätze werden dringend benötigt, meinte StR Mackert, hierüber bedarf es keiner Diskussion.

Durch die geplanten Wohnmobilstellplätze fallen auch Riedgärten weg, stellte StR W. Ernst fest. Die Pächter dieser Gärten müssten zeitnah informiert werden.

Es folgte eine kurze Diskussion über die vorgeschriebene Höhe der Einfriedung. Das Gremium einigte sich einstimmig auf eine max. Höhe von 2,00 m und 2,50 m bei Sport- und Wohnmobilstellplatz.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Bad Staffelstein billigt den nach erfolgter Abwägung überarbeiteten Entwurf des Bebauungsplanes "Sport- und Freizeitgelände Bad Staffelstein" in der Fassung vom 13.06.2022 und beschließt die förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu beschließen (§§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2 BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	0

TOP 4	Bestellung einer neuen Ortsbeauftragten für den Stadtteil Romansthal
--------------	---

Sachverhalt / Rechtslage:

Mit Stadtratsbeschluss vom 09.06.2020 wurde u.a. für den Stadtteil Romansthal Herr Ulrich Schmitt als Ortsbeauftragter bestellt. Herr Schmitt teilte gegenüber der Stadt Bad Staffelstein mit Schreiben vom 09.06.2022 mit, dass er das Amt des Ortsbeauftragten niederlegen möchte. Als Nachfolgerin schlägt er Frau Desirée Donath als neue Ortsbeauftragte vor. Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

Erster Bürgermeister Schönwald bedankte sich bei Herrn Ulrich Schmitt für sein Engagement und überreichte ein Geschenk. Herr Schmitt übte 26 Jahre lang das Ehrenamt des Ortsbeauftragten für Romansthal aus.

Beschluss:

Frau Desirée Donath wird ab Beschlussfassung bis zum Ende der Wahlperiode 2020/2026 zur Ortsbeauftragten für Romansthal bestellt. Gleichzeitig wird die Bestellung von Herrn Ulrich Schmitt vom 09.06.2020 widerrufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	0

TOP 5	Sonstiges öffentlich
--------------	-----------------------------

Erster Bürgermeister Schönwald gab bekannt, dass das Landratsamt Lichtenfels die Haushaltsatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 rechtsaufsichtlich genehmigt hat.

Aufgrund der unsicheren Versorgung mit Gas in der Zukunft, schlug StR Freitag vor, Energie-Einsparungsmöglichkeiten bei städtischen Gebäuden und Liegenschaft zu prüfen, z. B. Beleuchtung Rathaus, Kloster Banz etc. Erster Bürgermeister Schönwald wird die Verwaltung hiermit beauftragen.

StR Nossek freute sich, dass im Kurpark nun Blühwiesen angelegt wurden. Dies habe die Therme veranlasst, erklärte Erster Bürgermeister Schönwald.

Für die Richtigkeit:

gez.

Mario Schönwald
Erster Bürgermeister

gez.

L e p p e r t
Geschäftsleiter